Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vor ziemlich genau drei Jahren haben Bundestag und Bundesrat die Energiewende in Deutschland beschlossen. Am Freitag hat der Deutsche Bundestag nun deren Neustart ermöglicht:
Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) stellt die Weichen für eine planbare, effiziente und sichere Stromversorgung.

Der eine Meilenstein ist also geschafft: Die erneuerbaren Energien werden in den kommenden Jahren zur dominierenden Stromquelle. Doch die Reform des EEG ist nur ein erster Schritt. Vor uns liegen noch viele offene Baustellen. Vergleichen wir die Energiewende mit einem 100-Meter-Lauf, haben wir gerade die ersten zehn Meter hinter uns. Zu lange haben Medien, Öffentlichkeit und auch die Politik die Komplexität der Energiewende sträflich unterschätzt. Die 10-Punkte-Energie-Agenda der Bundesregierung zeigt: Wir müssen auch über Themen wie das neue Strommarktdesign und die Einbindung konventioneller Kraftwerke, den Netzausbau oder den Emissionshandel nachdenken. Vor allem aber müssen wir das zentrale Thema Energieeffizienz angehen.

Für mich ist die Energieeffizienz der schlafende Riese in der Diskussion um die Energiewende. Nichts hilft besser gegen den Klimawandel und gegen die Energieabhängigkeit von anderen Staaten als Energiesparen.
Ich setze mich derzeit deshalb auch auf europäischer Ebene intensiv für ein verbindliches Effizienzziel bis 2030 ein. Das soll auch der Wirtschaft Sicherheit geben: Investitionen in Effizienz dürfen nicht zu einem kurzfristigen Wettbewerbsnachteil werden.

Ihr
Sigmar Gabriel

Foto: © Dominik Butzmann

Energiewende: So geht es weiter

„10-Punkte-Energie-Agenda“ informiert über weitere zentrale Vorhaben der Bundesregierung.

Foto: © Fotolia / Intro; Fotofinder / Corbis

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) legt den Grundstein für eine zukunftsfähige Förderung der erneuerbaren Energien. Sonne, Wind, Wasser und Biomasse werden in den kommenden Jahren zur dominierenden Stromquelle. Damit beginnt eine neue Phase der Energiewende.
Über die weiteren zentralen Vorhaben die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode informiert die „10-Punkte-Energie-Agenda“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Zusätzlich zu den Projekten im Stromsektor – darunter fallen neben der EEG-Reform die Neugestaltung des Strommarktdesigns sowie der Netzausbau – enthält die „10-Punkte-Energie-Agenda“ die wichtigsten Vorhaben bei der Energieeffizienz und im Gebäudebereich. Die Agenda verzahnt die einzelnen Bausteine der Energiewende zeitlich und inhaltlich.

Der Erfolg der Energiewende ist maßgeblich mit der Steigerung der Energieeffizienz verknüpft. Daher soll das Thema Energieverbauch noch stärker in den Vordergrund rücken. Die Energieeffizienziele und -instrumente zum Erreichen dieser Ziele fasst der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) zusammen, dessen Eckpunkte zum Ende des Sommers 2014 veröffentlicht werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium macht sich auch auf europäischer Ebene für mehr Energieeffizienz stark. Denn die europäische Effizienzstrategie und der Klima- und Energierahmen 2030 haben eine wichtige strategische Bedeutung für die künftige Ausrichtung der nationalen Klima- und Energiepolitiken in den

Mitgliedsstaaten. Die Bundesregierung setzt sich derzeit für ein verbindliches und ehrgeiziges Energiesparziel bis 2030 ein, an das alle EU-Mitglieder gebunden sein sollen. Dies ist wichtig, um die

angestrebte Reduzierung beim EU-Treibhausgas-Ausstoss bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu erreichen. Mitte Juni hatten Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sowie Minister aus sechs weiteren EU-Mitgliedsstaaten dies mit einem Brief an den Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso untermauert.

Beim Thema Energieeinsparung kommt auch der energetischen Gebäudesanierung eine hohe Bedeutung zu. Öffentliche und private Gebäude haben aufgrund ihres Energieverbauchs beim Heizen sowie für Warmwasser und Beleuchtung einen Anteil von 40 Prozent am Gesamtenergieverbrauch. Dieser Anteil lässt sich durch fachgerechtes Sanieren und die Installation moderner Gebäudetechnik verringern. Damit sich die Sanierungsrate erhöht, wird die Bundesregierung das bewährte CO2-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen und sogar aufstocken. Darüber hinaus unterstützt das Bundeswirtschaftsministerium die im März 2014 gestartete Informationskampagne „Die Hauswende". Mit der Kampagne erhalten Hausbesitzer Informationen zur energiesparenden Sanierung und Unterstützung bei der Suche nach qualifizierten Energieexperten vor Ort (siehe Videobeitrag „direkt nachgefragt").

Insgesamt umfasst die „10-Punkte-Energie-Agenda" die folgenden Handlungsfelder:

- Erneuerbare Energien, EEG
- Europäischer Klima- und Energierahmen 2030
- Reform des europäischen Emissionshandels
- Strommarktdesign
- Effizienzstrategie
- Gebäudestrategie
- Übertragungsnetze
- Verteilernetze
- Monitoring
- Energiewende-Plattformen

MEHR INFORMATIONEN

Hier können Sie die 10-Punkte-Energie-Agenda abrufen: http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/0-9/10-punkte-energie-agenda,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

Sehen Sie hier die Rede von Bundesminister Gabriel auf dem Jahreskongress des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft: http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/videos,did=644290.html

Den Brief an EU-Kommissionspräsident Barroso sowie die EU-Kommissare Oettinger und Hedegaard finden Sie hier: http://www.gouvernement.lu/3795238/Letter-to-Barroso_-Oettinger_-and-Hedegaard.pdf

EuGH-Urteil zur Rechtmäßigkeit nationaler Fördersysteme für erneuerbare Energien

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat in seinem heutigen Grundsatz-Urteil bestätigt, dass nationale Fördersysteme nicht für ausländischen Strom aus erneuerbaren Energien geöffnet werden müssen. Er sah keinen Verstoß gegen die Warenverkehrsfreiheit, da nationale Fördersysteme nach der geltenden Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energien zur Erreichung der Klima- und Energieziele erforderlich sind.

Der EuGH machte darüber hinaus deutlich, dass „grüner Strom“ nur noch schwer nachweisbar ist, sobald er ins Netz eingespeist wurde. Deshalb verwies er auf die von der Richtlinie eingeführten kooperations-mechanismen zur freiwilligen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, um solche Herausforderungen zu lösen.

Bundesminister Gabriel: "Ich begrüße dieses Urteil sehr. Der Europäische Gerichtshof gibt ein klares und deutliches Signal für die weitere Förderung erneuerbarer Energien in Europa. Das Urteil schafft Rechtssicherheit für die erforderlichen nationalen Fördersysteme. Das bestätigt auch die Position der Bundesregierung bei den Diskussionen mit der EU-Kommission zur Notifizierung des neuen EEG. Ich gehe davon aus, dass der beihilferechtlichen Genehmigung des EEG jetzt nichts mehr im Wege steht." Darüber hinaus betonte Bundesminister Gabriel, dass die zunehmende Binnenmarktintegration weiterhin klares Ziel bleibe: "Es ist mir wichtig klarzustellen, dass es nicht darum geht, nationale Märkte für erneuerbare Energien voneinander abzuschotten. Ganz im Gegenteil: Wir sollten gemeinsam an einer zunehmenden regionalen Zusammenarbeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien arbeiten. Dieser Prozess muss aber schrittweise und im gegenseitigen Einvernehmen sowie zum beiderseitigen Vorteil erfolgen. Ich bin daher froh, dass der EuGH diesen Weg ausdrücklich bestätigt hat."

direkt nachgefragt

Mehr Effizienz im Gebäudebestand – das ist das Ziel der Informationsoffensive „Die Hauswende". Im Videointerview stellt dena-Chef Stephan Kohler die Kampagne vor.

Die Informationsoffensive „Die Hauswende" bietet Hausbesitzern nützliche Hinweise zur energiesparenden Sanierung und Unterstützung bei der Suche nach qualifizierten Energieexperten vor Ort. Übergeordnetes Ziel ist mehr Energieeffizienz im Gebäudebestand. Denn rund 40 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland werden für Heizung und Warmwasser aufgewendet, wie Kohler im Interview erklärt. Eine ernergieeffiziente Sanierung trage nicht nur dazu bei, Kosten zu sparen und das Klima zu schonen, sondern verbessere auch das Wohnklima.

„Die Hauswende" wird von einem breiten Bündnis aus Politik und Wirtschaft getragen. Initiiert wurde die Kampagne von der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea). Getragen wird sie vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), dem Bundesbauministerium (BMUB) sowie den relevanten Branchenverbänden und zahlreichen Unternehmen. Gesteuert wird die Kampagne von der dena.

Das Video des Interviews mit Stephan Kohler finden Sie in unserer Mediathek:
http://www.bmwi.de/DE/mediathek.html

Erfahren Sie mehr über die Hauswende auf dem Online-Portal der Kampagne: www.die-hauswende.de

Screenshot: © BMWi

kontrovers

„Bringt uns die Energiewende wirklich mehr als sie kostet?“

Zu dieser Frage äußern sich Prof. Dr. Clemens Hoffmann, Institutsleiter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) in Kassel, und Prof. Dr. Manuel Frondel, Leiter des Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“ am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI).

PRO – von Clemens Hoffmann

Die Umstellung unserer Energieversorgung von fossilen Brennstoffen und Atomenergie auf CO_2-neutrale erneuerbare Energien ist eine große gesellschaftliche und politische Herausforderung. Dabei konzentrierte sich die öffentliche Diskussion bisher auf die Stromversorgung. Wärmeversorgung und Verkehr gehören aber auch dazu.

Was kostet die Energiewende?

Die Techniken für die Nutzung erneuerbarer Energien sind weit entwickelt und verfügbar, so dass wir wissen, was sie heute kosten und recht gut einschätzen können, um wie viel sie noch günstiger werden. Wenn man diese Kosten unter Berücksichtigung der Entwicklung des heutigen Anlagenbestandes und der notwendigen Anlagenerneuerung über 40 Jahre aufsummiert, ergibt sich ein vordergründig gigantisches Investitionsvolumen von 1.500 Milliarden Euro. Davon sollten wir uns aber nicht beeindrucken lassen, denn Summen über lange Zeiträume können schnell große Dimensionen annehmen.

Was aber kostet uns die Energie in Zukunft ohne „Wende“?

Für unseren fossilen Primärenergiebedarf geben wir derzeit rund 83 Milliarden Euro im Jahr aus, über 40 Jahre aufsummiert 3.320 Milliarden Euro. Aufgrund der knapper werdenden Vorkommen dürften die fossilen Energien mit der Zeit sogar eher noch teurer werden.

Was kostet uns die Energie während der „Wende“?

Die Investitionen für eine CO2-neutrale Energieversorgung müssen wir zusätzlich zu den bestehenden Ausgaben für die bisherige fossile Versorgung aufbringen. Gleichmäßig verteilt auf 40 Jahre sind das knapp 40 Milliarden jährlich. Dabei werden wir aber Jahr für Jahr bereits die Einsparungen bei den fossilen Brennstoffen spüren. Nach 15 bis 20 Jahren ist dann der Punkt erreicht, an dem die Ausbaukosten für die erneuerbaren Energien plus die Beschaffungskosten für die restliche fossile Energie zusammen genommen unsere jetzigen Primärenergiekosten von 83 Milliarden Euro unterschreiten.

Wie schafft man diesen Übergang?

Durch eine Vorfinanzierung der Investitionen! Durch eine kluge Balance zwischen Investition und Tilgung kann man die zukünftigen Energiekosten genau kontrollieren. Die Energiewende sorgt also nicht nur dafür, dass wir in Zukunft deutlich geringere Energiekosten haben werden, sondern auch unabhängig von der Entwicklung des Preises für Öl und Gas auf den Weltmärkten werden.

Prof. Dr. Clemens Hoffmann ist Leiter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) in Kassel.

CONTRA – von Manuel Frondel

Bringt uns die Energiewende wirklich mehr, als sie kostet? - Niemand wird diese Frage jemals mit Gewissheit beantworten können. Denn der Nutzen des massiven Umbaus unserer Energieversorgung ist sehr schwer zu quantifizieren. Dies gilt insbesondere für den Nutzen des Ausbaus der erneuerbaren Energien für den Klimaschutz.

Dennoch kann man Zweifel hegen an der These, dass der Nutzen die Kosten der Energiewende übersteigt. Findet die Vorreiterrolle, die Deutschland mit der Energiewende nachdrücklich eingenommen hat, keine weitgehende Nachahmung in der Welt, ist es um den Nutzen für das Klima schlecht bestellt. Nach Einschätzung der Expertenkommission Forschung und Innovation sind auch die Innovationswirkungen unserer Förderung von erneuerbaren Energien sehr überschaubar.

Im Gegensatz zum Nutzen sind die Kosten der Energiewende relativ leicht zu quantifizieren und bereits heute deutlich spürbar. Beim rasanten Ausbau der Erneuerbaren mithilfe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde bisher kaum Wert auf Kosteneffizienz gelegt. Herausragendes Negativbeispiel ist die übermäßige Förderung von Solarstrom im relativ sonnenarmen Deutschland. Der in den Jahren 2000 bis 2013 erfolgte Ausbau der Photovoltaik hat den Stromverbrauchern nach unseren Berechnungen reale Zahlungsverpflichtungen in Höhe von rund 111 Milliarden Euro aufgebürdet – der Wert des erzeugten Solarstroms, bemessen in Börsenpreisen, ist hierbei bereits ebenso abgezogen wie die darin enthaltenen Kostenersparnisse für die vermiedenen Importe fossiler Energieträger.

Die Marktferne des EEG sorgt für weitere Ineffizienzen. So wird immer mehr grüner Strom produziert, der aufgrund mangelnder Netzkapazitäten und schwankender Nachfrage immer öfter keine Abnehmer findet. In diesen Überschusssituationen wird der Strom oftmals für wenig Geld oder sogar gegen eine Gebühr – bei negativen Preisen an der Strombörse – ins Ausland entsorgt. Dadurch wird nicht nur die Energiewende erheblich verteuert. Wesentliche Stützpfeiler unserer Wohlfahrt, wie Netzstabilität und Versorgungssicherheit, geraten so immer mehr ins Wanken, solange der Netzausbau – auch über Grenzen hinweg – weiterhin nur schleppend vorankommt.

Manuel Frondel leitet den Kompetenzbereich „Umwelt und Ressourcen“ am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und ist Professor für Energieökonomik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum.

Fotos: © Fraunhofer IWES / Harry Soremsky; RWI / Julica Bracht

Kabinett beschließt Nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan

Deutschland ist auf dem besten Weg, die Vorgaben der EU-Kommission zur Energieeffizienz zu erfüllen. Das belegt der Dritte Nationale Energieeffizienz-Aktionsplan, den das Bundeskabinett am 18. Juni beschlossen hat.

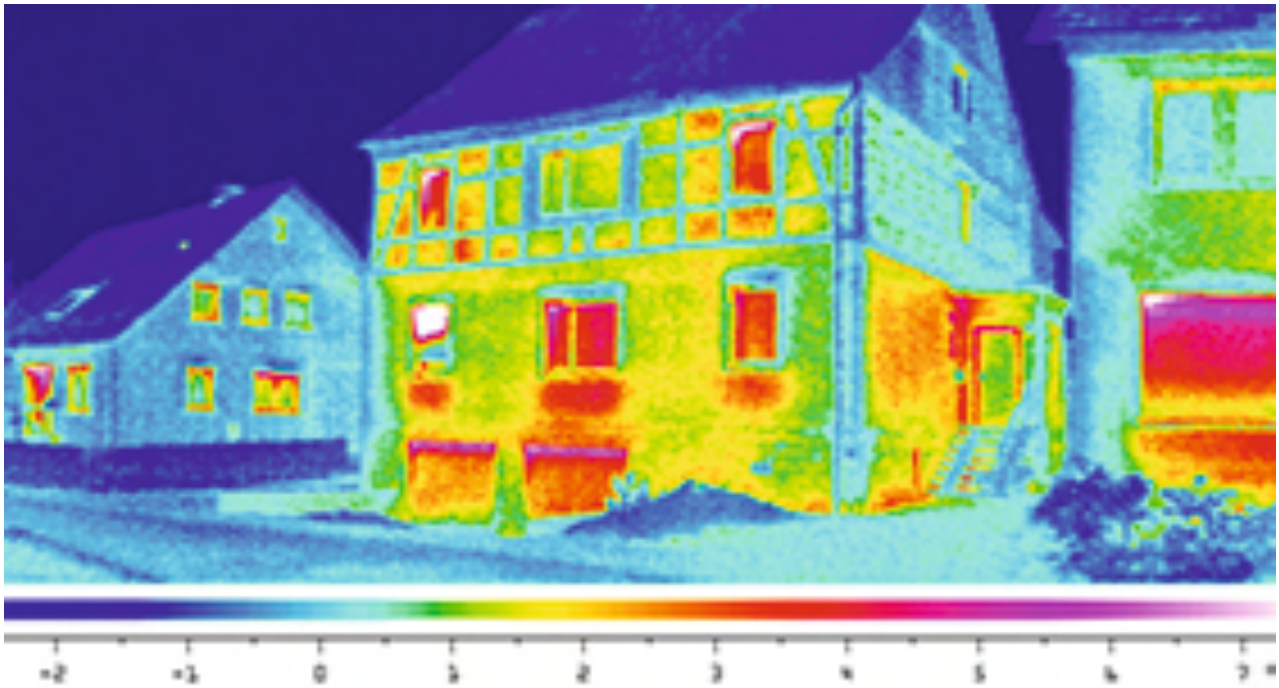

Foto: © Fotolia.com / Ingo Bartussek

Energieeffizienz steigern, Energieverbrauch senken: Deutschland ist auf dem besten Weg, die Vorgaben der Europäischen Kommission zur Energieeffizienz zu erfüllen. Das belegt der sogenannte dritte „Nationale Energieeffizienz-Aktionsplan“, kurz NEEAP, den das Bundeskabinett am 18. Juni beschlossen hat.

Die EU-Mitglieder müssen alle drei Jahre in einem Nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan nach Brüssel berichten, wie sie sich für die Energieeffizienz im eigenen Land einsetzen und was dabei bisher erreicht wurde. Das soll dazu beitragen, ein wesentliches energiepolitisches Ziel der Europäischen Union zu erreichen: Bis 2020 soll der Energieverbrauch in den Mitgliedsstaaten um 20 Prozent sinken.

Der dritte Nationale Energieeffizienz-Aktionsplan aus Deutschland bezieht sich maßgeblich auf eine Richtlinie, die seit Dezember 2012 gilt: die sogenannte „Energieeffizienz-Richtlinie“ (*Energy Efficiency Directive – EED*). Darin fordert die

EU-Kommission die Mitgliedsstaaten unter anderem dazu auf, sich selbst nationale Ziele für Energieeffizienz zu setzen und von 2014 bis 2020 jährlich durchschnittlich 1,5 Prozent Energie einzusparen. Wie sie das erreichen, bleibt den Staaten weitgehend selbst überlassen.

Viele Vorgaben für Europa hierzulande bereits erfüllt

Deutschland erfüllt bereits einen großen Teil der EED-Vorgaben, wie der Nationale Energieeffizienz-Aktionsplan deutlich macht. Zum Beispiel ist es Deutschland als einem von wenigen Industrieländern schon heute gelungen, den Energieverbrauch vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Diese positive Entwicklung soll in Zukunft noch verstärkt werden. Mehrere Maßnahmen sollen dabei helfen, die Energieeffizienz zu steigern: Dazu gehören etwa der Emissionshandel, die Kraft-Wärme-Kopplung und weniger Verluste beim Energietransport, also zum Beispiel in den Stromleitungen. Zudem sieht die Bundesregierung im Markt für Energiedienstleistungen besonderes Potenzial: Der deutsche Markt dafür ist einer der größten im europäischen Vergleich und mit am weitesten entwickelt.

BMWi macht sich stark für europaweite Energiesparziele

Im Oktober will die Europäische Union die Ziele für ihre künftige Energie- und Klimapolitik bis 2030 beschließen. Derzeit laufen dafür die Verhandlungen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel macht sich dafür stark, ein europaweites verbindliches Energieeffizienzziel zu formulieren.

Der nun verabschiedete NEEAP unterscheidet sich vom Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz, abgekürzt NAPE, den die Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigt hat und der losgelöst von den Berichtspflichten an die Europäische Kommission ist. Der NAPE soll die Effizienzziele sowie die Verantwortungsbereiche der einzelnen Akteure zusammenfassen, den Energieeffizienzfonds als Finanzierungsinstrument stärken und die geeigneten Effizienzinstrumente definieren. Seine Eckpunkte sollen Ende dieses Sommers veröffentlicht werden.

Der Beschluss der Bundesregierung über den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz wird für November 2014 angestrebt, direkt im Anschluss soll die Umsetzung beginnen.

MEHR INFORMATIONEN

Hier finden Sie den NEEAP in ganzer Länge: http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/nationaler-energieeffizienz-aktionsplan-2014,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

Mehr zur EU-Energieeffizienz-Richtlinie (EED): http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_en.htm

Mehr zu den europäischen Energie- und Klimazielen bis 2030: http://ec.europa.eu/energy/2030_de.htm

Wie sich das BMWi für die Energie- und Klimapolitik in Europa einsetzt: http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiepolitik/europaeische-energiepolitik,did=281902.html

Neue IEA-Studie bestätigt Energiewende-Politik in Deutschland

Die Internationale Energieagentur (IEA) gibt in einer neuen Studie Empfehlungen, wie Staaten ihre Energiesysteme kosteneffizient umbauen können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bestätigen den deutschen Weg: Viele davon werden in Deutschland bereits geplant oder umgesetzt.

Foto: © BMWi / Holger Vonderlind

Die Internationale Energieagentur (IEA) gibt in einer neuen Studie Empfehlungen, wie Staaten ihre Energiesysteme kosteneffizient transformieren können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bestätigen den deutschen Weg: Viele davon werden in Deutschland bereits geplant oder umgesetzt.
Wie kann es gelingen, ein bestehendes Energiesystem nachhaltiger zu machen? Mit dieser Frage hat sich die Internationale Energieagentur (IEA) beschäftigt. In ihrer kürzlich veröffentlichten Studie "The Power of Transformation" empfiehlt die IEA Maßnahmen zum Netzausbau und Investitionen, um die Energieerzeugung und die Energienachfrage flexibel zu gestalten.

Damit bestätigt die IEA-Studie den Weg, den Deutschland im Rahmen der Energiewende eingeschlagen hat. Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatsekretär im Bundeministerium für Wirtschaft und Energie: "In vielen Handlungsfeldern, die die IEA empfiehlt, sind unsere Planungen schon weit fortgeschritten. Das gilt vor allem für den Bereich Netzausbau. Bei den Themen flexiblere Erzeugung und Nachfrage arbeiten wir derzeit an den politischen Weichenstellungen. Die erforderlichen schrittweisen Anpassungen im Strommarktdesign werden wir im Forum Strommarkt des BMWi erarbeiten und im Grünbuch Strommarkt im Herbst 2014 zur Diskussion stellen."

Flexibilität als Schlüssel

Die IEA empfiehlt Maßnahmen, die dazu dienen, die Kapazitäten des gesamten Energiesystems zu steigern. Das bezieht sich auf den Einsatz von hocheffizienten, konventionellen Kraftwerken, die flexibel zugeschaltet werden können, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, aber auch auf spezielle Technologien und Übertragungsmöglichkeiten, die die Flexibilität steigern. Denn: je flexibler das System, desto kostengünstiger die Integration der erneuerbaren Energien. Der Ausbau der Erneuerbaren muss daher eng mit dem Netzausbau verzahnt werden. Dafür wurde mit dem im EEG gesetzlich festgelegten Ausbaukorridor für erneuerbare Energien eine gute Planungsgrundlage geschaffen.

Weiterführende Informationen

Lesen Sie hier die Zusammenfassung der IEA-Studie "The Power of Transformation" (englisch)
http://www.iea.org/Textbase/npsum/GIVAR2014sum.pdf

Staatssekretär Beckmeyer: Norwegen kommt Schlüsselrolle für die deutsche Erdgasversorgung zu

Uwe Beckmeyer, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), hat die Bedeutung von Erdgas für die deutsche Energieversorgung betont. Dabei hob er Norwegen als wichtigen Partner hervor. Die Ukraine-Krise mache deutlich, wie wichtig diese Kooperation sei.

Foto: © iStock.com / Jevtic

Erdgas stellt auf absehbare Zeit ein wesentliches Element der Energieversorgung in Deutschland und in Europa dar. Gerade auf dem Weg in das regenerative Zeitalter könne Erdgas eine Brückenfunktion

übernehmen, sagte Staatssekretär Beckmeyer auf dem „Forum Erdgas“ am 24. Juni. „Dabei kommt Norwegen eine Schlüsselrolle zu.“ Das Treffen, das von den Energieunternehmen Wintershall und Statoil organisiert wird, fand als Beitrag zur deutsch-norwegischen Energiepartnerschaft zum ersten Mal in Berlin statt.

Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, Verbänden, Wissenschaft und Politik diskutierten in Berlin die Frage, ob Deutschland für die Energiewende eine neue Gasmarktstrategie benötige. Deutschland ist mit einem Verbrauch von rund 98,6 Milliarden Kubikmetern (Stand: 2013) der derzeit größte Erdgasmarkt in der Europäischen Union.

Durch den steigenden Anteil der Erneuerbaren an der deutschen Energieversorgung und einer verbesserten Energieeffizienz wird der Gasbedarf im Wärmemarkt zwar spürbar zurückgehen. Doch auch aufgrund neuer Verwendungsmöglichkeiten, etwa als alternativer Kraftstoff, gibt es für Erdgas weitere Absatzpotenziale. Zudem bildeten, so Beckmeyer, gerade hocheffiziente Gaskraftwerke mit Wirkungsgraden von 60 Prozent eine ideale klimakompatible Ergänzung zu schwankenden erneuerbaren Energieträgern.

Langfristige Partnerschaft

Norwegen ist für Deutschland ein verlässlicher Energiepartner und nach Russland zweitwichtigster Energielieferant. Uwe Beckmeyer: „Die Ukraine-Krise macht deutlich, wie wichtig eine enge Kooperation ist, um unsere Energieversorgung zu sichern.“ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie führe daher auch einen intensiven politischen Dialog mit dem norwegischen Energieministerium.

Rund ein Drittel der deutschen Erdgasimporte kommen derzeit aus Norwegen, das über 40 Prozent der westeuropäischen Öl- und Gasressourcen verfügt. Deshalb sind deutsche Gasunternehmen als Lizenzinhaber und Operateure inzwischen wichtige Akteure auf dem norwegischen Kontinentalsockel. Zudem ist Deutschland die wichtigste Drehscheibe für den internationalen Vertrieb von Erdgas, insbesondere aus Norwegen und Russland.

Weiterführende Informationen

Erfahren Sie hier, welche Rolle Erdgas in der Energieversorgung der Bundesrepublik einnimmt:
http://bmwi.de/DE/Themen/Energie/Konventionelle-Energietraeger/gas.html

Netzausbau: Konsultationen zum Szenariorahmen 2025 abgeschlossen

Bis zum 23. Juni 2014 konnten Bürgerinnen und Bürger den Szenariorahmen 2025 kommentieren, in dem die vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland den Bedarf an neuen Stromnetzen prognostizieren. Die Bundesnetzagentur wird die Ergebnisse nun prüfen und den Szenariorahmen gegebenenfalls anpassen.

Foto: © iStock.com / AndreasKermann

Der sogenannte Szenariorahmen zum Netzentwicklungsplan Strom (NEP) und zum Offshore-Netzentwicklungsplan (O-NEP) wird jedes Jahr von den vier Betreibern der deutschen Übertragungsnetze erstellt und von der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Er beschreibt mit Hilfe von drei Szenarien, wie sich die installierte Leistung von Erneuerbare-Energien-Anlagen und konventionellen Kraftwerken sowie der Stromverbrauch in den Jahren bis 2025 bzw. 2035 entwickeln wird.

„Die Übertragungsnetzbetreiber haben in ihrem Entwurf des Szenariorahmens die im Gesetzentwurf zur EEG-Novelle enthaltenen Ausbauziele für die erneuerbaren Energien berücksichtigt", erläuterte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Laut dem neuen EEG sollen im Jahr 2025 bereits 40 bis 45 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs aus regenerativen Quellen stammen, im Jahr 2035 soll der Anteil 60 Prozent betragen. In den drei Szenarien variiert der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch entsprechend zwischen rund 40 Prozent im ersten, rund 45 Prozent im zweiten und rund 47 Prozent im dritten Szenario.

Öffentliche Beteiligung beim Netzausbau

Die Konsultationen sind ein wichtiger Teil der Bedarfsermittlung für den Netzausbau: In diesem Rahmen berechnen die Übertragungsnetzbetreiber im Anschluss an den Szenariorahmen den Ausbaubedarf für die

kommenden Jahre, den die Bundesnetzagentur bestätigen muss. Zugleich hält die Bundesnetzagentur mögliche Umweltbelastungen in einem Umweltbericht fest. Beim Netzentwicklungsplan sowie bei der Umweltprüfung können Bürger, Verbände und Behörden konstruktiv mitarbeiten. Die Dokumente bilden die Grundlage für das Bundesbedarfsplangesetz, das die Bedarfsermittlung abschließt: Es enthält die Anfangs- und Endpunkte der künftigen Höchstspannungsleitungen.

Anschließend werden bei der Bundesfachplanung/Raumordnung bis zu 1.000 Meter breite Trassenkorridore festgelegt. Im letzten Schritt werden bei der Planfeststellung schließlich die exakten Leitungsverläufe und die Übertragungstechnik festgeschrieben. Erst danach beginnt der Bau neuer Trassen.

Der Pläne werden regelmäßig aktualisiert, um sie an den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Bedürfnisse von Mensch, Umwelt und Wirtschaft anzupassen. Bürgerinnen und Bürger werden während der Prüfung der einzelnen Schritte immer wieder befragt, so etwa in den Konsultationen des Szenariorahmens. Die Ergebnisse fließen in die Planung der konkreten Projekte mit ein.

Weiterführende Informationen

Erfahren Sie bei der Bundesnetzagentur mehr über die Ergebnisse der Konsultationen und den Ablauf des Netzausbaus in Deutschland. www.netzausbau.de

Zur Netzausbauplattform der Übertragungsnetzbetreiber http://www.netzentwicklungsplan.de

DBU: Meist keine Belästigung durch Windpark-Geräusche

Windpark-Geräusche sind für viele Anwohner keine Belästigung. Das hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) in einer Studie herausgefunden.

Foto: © BMWi / Holger Vonderlind

Bedeuten mehr Windräder mehr Lärmbelästigung? Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und das Deutsche Windenergie-Institut haben sich mit der Fragestellung befasst. Das Ergebnis: Die meisten Anwohner stören die Geräusche von Windparks nicht.

Anwohnerbefragung und Studienvergleich

Ab 2012 hatten die Wissenschaftler mehr als 200 Anwohner im niedersächsischen Wilstedt befragt, um die Auswirkungen des dortigen Windparks zu analysieren. Die meisten bewerteten den Windpark eher positiv. Im Schnitt sei die Wahrnehmung vergleichbar mit der des Straßenverkehrs. Je nach Tageszeit und Windrichtung seien Geräusche mal stärker, mal schwächer. Störend seien Geräusche wie Rauschen dann, wenn sie ungleichmäßig seien, denn dies ziehe die Aufmerksamkeit auf sich.

Wilstedt ist keine Ausnahme. Die Wissenschaftler verglichen die dortigen Erkenntnisse mit den Daten anderer Windparks und fanden in den Durchschnittswerten keine Unterschiede. Die Ergebnisse sind laut Studie also auf andere Windparks übertragbar. Der Windpark in Wilstedt wurde 2008 in Betrieb genommen. Er besteht aus neun Windrädern, jedes ist 108 Meter hoch und beträgt 82 Meter im Durchmesser.

EEG-Reform: Windenergie intelligent ausbauen

Damit die Energiewende gelingt, müssen Anlagen für erneuerbare Energien ausgebaut werden. Die Akzeptanz in der Bevölkerung spielt dafür eine enorm wichtige Rolle. Bis 2025 will Deutschland bis zu

45 Prozent seines Stroms aus Quellen wie Wind und Sonne beziehen. Das ist eines der wesentlichen Ziele der Energiewende. Heute decken die erneuerbaren Energien rund ein Viertel des deutschen Stromverbrauchs ab.

Hier finden Sie Details zur Studie der DBU: https://www.dbu.de/123artikel35414_335.html

Hier erfahren Sie mehr über die Ausbauziele im neuen EEG:
http://www.bmwi-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2014/20/Meldung/die-wichtigsten-neuerungen-auf-einen-blick.html;jsessionid=B4BB61C3828D692E0C9EA4FDDD94B97D

70 Prozent der Deutschen sagen Ja zur Energiewende

Die Deutschen unterstützen den energiepolitischen Kurs der Bundesregierung. Das hat das Institut für Demoskopie Allensbach in einer Umfrage ermittelt.

Grafik: © BMWi / Zahlen: Allensbach Institut

Wie Allensbach-Chefin Renate Köcher im Juni in einem Gastbeitrag für die Wirtschaftswoche berichtete, liege die Zustimmung der Deutschen für die Energiewende bei 70 Prozent. Nur 15 Prozent der Bürgerinnen und Bürger hielten den eingeschlagenen Weg für falsch.

Mehr erfahren Sie hier: http://www.wiwo.de/politik/deutschland/allensbach-umfrage-hohe-zustimmung-fuer-energiewende/10037578.html

Zitat der Woche

Philipp Gerbert, Energieexperte und Senior Partner bei der Boston Consulting Group:

„In Deutschland hatten die großen vier Energiekonzerne 2012 erst fünf Prozent Anteil an erneuerbaren Kapazitäten. Die Überrenditen, die bisher hierzulande in diesen Formen der Stromerzeugung stecken, laufen an den Großen komplett vorbei. Sie haben das Thema unterschätzt, wollten aber auch bewusst nicht in regulierte Geschäftsbereiche zurück. Es wäre auch politisch nicht vermittelbar, würden die großen Energieversorger heute die ganzen Subventionen für Sonne und Wind abgreifen. Also: Die traditionellen Geschäfte rentieren sich nicht mehr, und die Konzerne nehmen nur in geringem Maße am Neugeschäft teil. Das ist das Dilemma."

Foto: © Boston Consulting Group

Pressestimmen

Die Energiewende und die aktuelle Reform des EEG sind weiter große Themen in den Medien. In unserer Rubrik „Pressestimmen“ haben wir für Sie einige interessante Artikel dazu ausgewählt.

Foto: © Knipserin / fotolia.com

FOCUS, 30.6.14: Interview mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel

Im Interview mit dem Focus spricht Gabriel über die Pläne der Bundesregierung zum Verbot von Schiefergas-Fracking in Deutschland, den Rückbau der Atomkraftwerke und die Rückstellungen der Energieversorger sowie über die nächsten Schritte der Energiewende.

http://www.focus.de/immobilien/energiesparen/noch-diese-woche-gabriel-will-neue-fracking-methode-verbieten_id_3954376.html

Deutschlandfunk, 27.6.14: „Energiewende wird global“

Der Deutschlandfunk berichtet über die Studie "Energie für Deutschland 2014" des Weltenergierats. Deutschland liege der Studie zufolge bei der Energiewende eher vorn. Das hierzulande aufgebaute Know-How sei zudem vermarktbar.

http://www.deutschlandfunk.de/eeg-gesetz-energiewende-wird-global.697.de.html?dram:article_id=290291

Die Zeit, 27.6.14: Die Kommission versagt auf ganzer Linie

Mehr Engagement beim Thema Energiesparen kann die Importabhängigkeit der EU merklich verringern. Doch die EU-Kommission unternimmt zu wenig Anstrengungen, kritisiert Sabrina Schulz, Klima- und Energieexpertin vom Think Tank E3G, in einem Gastbeitrag für Die Zeit.

http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/energie-energieeffizienz-eu

Wall Street Journal, 25.6.14: „Der schwierige Part der deutschen Energiewende steht noch aus"

Über die weiteren Schritte der Energiewende in Deutschland berichtet das Wall Street Journal. Der Bundesregierung stehe ein „Kraftakt" bevor, heißt es in dem Artikel. Unter anderem wird von einer Podiumsdiskussion in Berlin berichtet, bei der die Energie- und Klimaexperten Claudia Kemfert und Klaus Töpfer vor einer Verfehlung der Klimaschutzziele warnten.

http://www.wsj.de/article/SB10001424052702303558004579646400954956602.html

Süddeutsche Zeitung, 24.6.14: Stabiler Wüstenstrom für Europa

Solarkraftwerke in Nordafrika und im Nahen Osten könnten bei kluger Planung auch Europa mit Strom versorgen, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Sie bezieht sich dabei auf eine Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich (ETH).

http://www.sueddeutsche.de/wissen/energiewende-stabiler-wuestenstrom-fuer-europa-1.2011964

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift: 11019 Berlin
V.i.S.d.P. Dr. Christine Kahlen
Redaktionell verantwortlich: Christina Sasch
Telefax: 030-18 615-5208
E-Mail: newsletter-energiewende@bmwi.bund.de

Redaktion
Hirschen Group GmbH
Schlesische Straße 26
10997 Berlin

Bildnachweise
Siehe Quellenvermerke am Bild bzw. am Artikelende

Stand
Juni 2014